Einzelpreis 100 Milliarden Mark

**Bezugs-Preise:** Inland: durch Post monatlich 0,30 Goldmark, durch Kreuzband 0,50 Goldmk., Deutsch-Österreich 6000 Kronen. Ausland: Vierteljährlich 1/2 Dollar.

**Anzeigen-Preise:** Für die 1spaltige Millimeter-Zeile 3 Goldpfg., d. ganze Seite 120 Goldmark. Bei Platzvorschrift entsprechend. Aufschlag. Rabatt nach Tarif.

# Reichswart

**Graf E. Reventlow**

Der „Reichswart" erscheint jeden Sonnabend. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauer Straße 6, entgegen. Fernsprecher: Lützow 7002. Bank-Konto: Darmstädter- und Nationalbank, Berlin, Potsdamer Straße 56. Postscheck-Konto: Berlin 85714. Unverlangt. Manuskript. ist Rückporto beizufügen

## und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 48 | Sonnabend, den 1. Dezember 1923 | 4. Jahrgang

**Inhalt:** Vollzieht die vollziehende Gewalt? — Nach Stresemanns Rücktritt. — Die gestärkten Männer von München. — Was lehrt uns München. — Das soziale Problem. — Die wirtschaftliche Schuldlüge. — Briefkasten.

# Vollzieht die vollziehende Gewalt?

Ein neues Kabinett wird anscheinend nach Drucklegung dieser Nummer des „Reichswarts" seinen Geburtstag begangen haben, „Und frei und leicht, wie aus dem Nichts entsprungen, so steht das Bild vor dem entzückten Blick". Wie lange das Entzücken dauern wird, ist freilich eine Frage für sich. Im Augenblick steht die endgültige Zusammensetzung noch nicht fest. Wie sie immer ausfällt: die Gestaltung der deutschen Zukunft hängt von dem Inhaber der vollziehenden Gewalt, General v. Seeckt ab. Sei es positiv, sei es negativ, sei es, daß man ihm als Anhänger oder als Gegner oder abwartend gegenübersteht. General v. Seeckt wird diese Tatsache auch selbst nicht beeinflussen können. Er mag sie als vorhanden anerkennen oder nicht, sie ist da und lädt ihm eine denkbar große Verantwortung auf. Ihr kann er nicht entrinnen, noch sie abschütteln. Dieses Gefühl wird in Deutschland immer allgemeiner. Mehr und mehr beginnt Alles auf Seeckt zu blicken, als den Inhaber der Macht und den Mann, von dem geglaubt wird, daß er wisse, was er wolle, auch die persönliche Kraft zu großen Entschlüssen und zu deren Durchführung besitze. Das letztere ist eine, wie die Engländer sagen, Tatsachenfrage (Question of fact): Bevor ein Mann nicht tatsächlich gezeigt hat, ob er diese Fähigkeit des Entschlusses, den Mut zur Verantwortung, die Kraft der Durchführung und den Blick für den richtigen Augenblick mit der Schnelligkeit des Handelns verbindet, ist unmöglich zu sagen, ob er diese Eigenschaften hat. General v. Seeckt hat sich die vollziehende Gewalt übertragen lassen. Er hat die immer mehr der Beschreibung spottenden Zustände in Deutschland, zumal auch den abgewirtschafteten Parlamentarismus vor sich, die Ziellosigkeit der auswärtigen Politik, die jammervollen Zustände im Innern, die steigende Not der Bevölkerung. — Er kann nicht umhin, zu erkennen, daß Alles dieses nur dann zum Besseren geführt werden kann, wenn ein einziger Wille maßgebend ist. Es ist verfehlt und frivol, den schweren Ernst der Sache durch journalistische Sensationsmätzchen zu verdecken, wie: „Die Sphinx Seeckt", oder „Was will Seeckt" usw. Tatsächlich hängt so gut wie alles für Deutschland davon ab, wie der General seine Aufgabe auffaßt und anfaßt.

Gobineau hat gesagt, es nütze der entnervten Demokratie auch nichts, wenn sie durch beständige Verlegung der unumschränkten Gewalt in die Hände der Krieger sich zu halten versuche. — Das mag sein. Für uns Deutsche handelt es sich um Erhaltung des deutschen Volks und Reichs, nicht um Erhaltung der Demokratie. Diese hat nur Negatives in Deutschland geleistet, aber große Mengen Deutscher fühlen sich nach wie vor noch wohl in dem unreinlichen Nebel „demokratischer Weltanschauung". — Die, für sehr Vieles entscheidende, Frage ist, ob General v. Seeckt sich zum Werkzeug und Vollstrecker der mächtigen Kräfte machen lassen wird, die hinter der sichtbaren Demokratie stehen, nämlich die Führer des Weltjudentums. Auch das ist eine Frage, die nur mit Ja oder Nein, und zwar durch die Tat, beantwortet werden kann. Zwischenlösungen gibt es nicht. — —

General v. Seeckt hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt einige Verordnungen erlassen. Eine davon will mit einer gewissen Kategorie von Vergnügungsstätten und mit Schlemmerlokalen aufräumen, die andere will verhindern, daß das neue als wertbeständig verheißene Papiergeld zum Gegenstand der Spekulation gemacht wird. Beide Verordnungen beabsichtigen Nützliches. Beide können ihren Zweck nicht erreichen, weil sie nicht auf den Grund der Verhältnisse gehen, sondern sich gegen Oberflächenerscheinungen wenden. Abgesehen davon sind, wie gesagt, beide Zwecke so gut und nützlich, aber selbst wenn sie erreicht würden, so wäre damit nur ein ganz kleines Teilchen von den gewaltigen Aufgaben gelöst worden, die sich dem Inhaber der vollziehenden Gewalt gebieterisch und riesenhaft aufdrängen. Sie bestehen wahrhaftig nicht nur in der „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" und Feldzügen gegen kommunistische Hundertschaften von zweifelhaftem Erfolge.

Die Ernährungsfrage wird weder der Reichstag noch eine parlamentarische Regierung in Deutschland lösen. General v. Seeckt wird das selbst gut genug wissen, denn er hat seit fünf Jahren Gelegenheit, die ganze Jämmerlichkeit und Unfruchtbarkeit des Fraktionswesens, des Reichstages und der aus beiden hervorgegangenen Regierungen aus nächster Nähe zu beobachten. Wie geartet auch immer die neue Regierung und nachher deren Nachfolgerin sein mag —: dem heutigen Elend zu steuern, wird sie nicht fähig sein. Partei„rücksichten" bei dem Einzelnen, Parteieifersuchten zwischen dem einen und dem anderen, Rechthaberei, persönliche Mißgunst, Doktrinarismus, Abhängigkeit von Interessentengruppen oder vom Beamtenkörper der eigenen unterstellten Behörde, Weltanschauung, — das sind nur einige Bezeichnungen für die Dornen, unter die da auch der beste Same fällt. Hinzukommt, daß solche Regierungsmitglieder durchweg nicht mehr auf der Höhe ihrer Kräfte sind und den Stempel ihrer Vergangenheit in ihrem Wesen unverlöschbar tragen, ob sie Beamte waren oder Parlamentarier. Ausnahmen natürlich zugestanden, ist die Elastizität, die innere Freiheit und die Kraft zur Rücksichtslosigkeit nicht mehr vorhanden. Gedanken, Anschauungen, Methode und Richtung gehen in unveränderlich festen Gleisen. Die Lage in Deutschland, die Lage Deutschlands fordert Ganzes und Freies. Das kann nur der eine Mann machen, das können nicht die „fragments". Universales Wissen und Können und klare Einsicht in alle Gebiete und Fragen verlangt niemand von ihm, dem Träger der vollziehenden Gewalt. Verlangen und erwarten muß man aber von ihm die Erkenntnis von der Notwendigkeit vor allem auf den wirtschaftlichen und dem finanziellen und dem sozialen Gebiet, im deutschen Sinne, unverzüglich durchzugreifen, und daß er sich dafür einige wenige fähige Helfer mit richtigem Blick auszuwählen versteht. Er darf nicht warten, er darf sich nicht durch Rücksichten auf Regierungen, die schon mit dem hippokratischen Gesicht zur Welt kommen, noch auf Parlamente und Parteipresse beeinflussen lassen. Die große Menge der Bevölkerung erwartet nichts mehr von Parlamenten und Regierungen, von Parteien und Fraktionen. Sie sehnt sich nach einem Mann, der führt und ihr hilft. Ihre Not schreit gen Himmel und wird immer größer. Darf der Inhaber der vollziehenden Gewalt da noch formale Rücksicht weiter Zeit verstreichen lassen? Die Dinge sind längst reif. Geschehen ist aber nichts, freilich doch: die Deutschvölkische Freiheitspartei noch einmal verboten und aufgelöst worden! Was will der General v. Seeckt damit erreichen? Den Gedanken und die Bewegung wird er nicht töten, und der Fehler, den das Verbot bedeutet, wird sich in Hindernisse und andere Nachteile für ihn umsetzen. —

Auf die Form kommt nichts an, auch nicht darauf, ob der Inhaber der vollziehenden Gewalt als solcher weit sichtbar dasteht oder sich zurückhält. Nur auf Handeln kommt es an: daß er selbst handelt und handeln läßt; daß er rücksichtslos zertritt alles, was hindert, dem Volk zu helfen; was faul und vergiftet ist, beseitigt und durch Gesundes ersetzt.

# Nach Stresemanns Rücktritt.

Wollte man eine Nutzanwendung aus der Stresemannschen Kanzlerschaft ableiten, so wäre es die: kein Ereignis in neuester Zeit hat so anschaulich und man möchte sagen, überwältigend dargetan, bis zu welchem Grade man in Deutschland unter der Herrschaft der öffentlichen Phrase und Lüge steht, sich diese gefallen läßt, ja sie als willkommenes Betäubungsmittel betrachtet. Zielbewußte Blendung des deutschen Volkes geht hiermit Hand in Hand. Denken wir zurück an die ersten Monate des Jahres 1923, als Stresemann in einer Reihe von Reden ebenso dekorativ wie bescheiden merken ließ, daß er als Kanzler die Sache unvergleichlich viel besser machen würde, als Cuno. Er hat damals nicht gedacht, daß er nach weit kürzerer Amtsführung als diejenige Cunos im Augenblicke seines Sturzes mit Bitterkeit erklären würde: ebenso wie Cuno — nach dessen Aeußerung — habe er, Stresemann, im Reichskanzlerpalais keine frohe Stunde verlebt, und verließe es gern. Die Pose ist ungeschickt gewählt: denn wie gern wäre er geblieben, wie hat er „gekämpft, um zu bleiben!" Das ist merkwürdig genug; denn Herr Dr. Stresemann hat sonst in der Auswahl und Durchführung von Posen viel Talent gezeigt. Seine Nerven scheinen nicht standgehalten zu haben, die bittere Enttäuschung, derartig von der Parade zu kommen, hat den Rest getan; doch, greifen wir nicht vor. — Damals also, als er seine bekannten „staatsmännischen und großangelegten" Reden hielt, antwortete ihm in der gesamten Judenpresse ein mächtiger Lobgesang. Man kann seinen Inhalt in die Worte zusammenfassen: Ein Staatsmann, der Staatsmann, der Kanzler der Zukunft, der einzige Mann, der Retter! — Der „Reichswart" schrieb damals, nunmehr habe die Judenpresse Herrn Dr. Stresemann zum Kanzler gesalbt. So wurde es. Die gleiche Presse beschimpfte den zurückgetretenen Cuno in der ihr eigenen gemeinen Weise: Nicht allein der Staatsgerichtshof, sondern auch die ordentlichen Gerichtshöfe müßten sich mit ihm befassen. Sein böses Gewissen habe ihn veranlaßt, gleich nach seinem Rücktritt eine Reise nach den Vereinigten Staaten anzutreten. Cunos Politik war eine Halbheit und schon deshalb schlecht ... Wir haben sie nicht verteidigt ... Die Politik des großen Kanzlers Stresemann aber ist ein einziger ungeheurer Mißerfolg gewesen. Sie hat das deutsche Volk an den Rand seines Grabes gebracht und — noch heute singt und sagt die jüdische Presse von den großen Taten Stresemanns und spricht von seinen „außenpolitischen Erfolgen", welche trotz allem die internationale Lage Deutschlands erheblich gebessert hätten. — Wo ist eine solche Besserung? Nur einige wenige Blätter meinen, das Talent Stresemanns sei doch vielleicht noch größer, als sein Charakter.

Der „Reichswart" braucht seine Einschätzung Herrn Dr. Stresemanns, als Staatsmannes, nicht mehr erneut darzulegen. Er hat von ihm staatsmännische Leistungen nie erwartet, weil Herr Dr. Stresemann nach dieser Seite überhaupt nicht veranlagt ist. Er ist Berufsparlamentarier, Redner von großem Talent. Wie die meisten seiner Gattung und, wie beinahe alle Berufsredner, ist er sehr eitel. Es wird diesen Herren und Meistern der Zunge mit der Zeit zur zweiten Natur, alle Fragen, Verhältnisse und Menschen nur vom eigenen Standpunkte des politischen Redevirtuosen — des Parlaments und der Versammlungen, — und des parlamentarischen Taktikers zu betrachten und auch zu behandeln. Sie sehen so durch eine Brille, die sie und ihr Gefolge täuscht: Ueber die Distanzen, über Perspektiven, über Farbe und Wesen, — über ihre „Erfolge". Wenn Bismarck eine Rede hielt, so war sie eine wirkende Tat und ein Ereignis für alle Staatsmänner des Erdballes, nicht aber, weil es eine sogenannte glänzende Rede gewesen wäre, sondern, weil der Mann der Tat, des Erfolges und der staatsmännischen Kunst sie hielt. Herr Dr. Stresemann und seine Bewunderer haben diesen Unterschied wohl nicht ganz genügend beachtet und in Rechnung gestellt.

Als er Kanzler wurde, triumphierte freudig die englische, französische und belgische Presse, während seiner Amtstätigkeit ermahnte und trieb sie ihn an, und er ließ sich treiben. Als er ging, folgte ihm aufrichtiges Bedauern der freundlichen Feinde. Was kann ein deutscher Staatsmann sich Schöneres wünschen? Herr Dr. Stresemann kann die erhebende Feststellung machen, daß unter ihm und durch seine staatsmännische Politik die schleichende deutsche Katastrophe zu einer akuten, galoppierenden geworden ist. Es lohnt nicht, auf Einzelheiten einzugehen, besonders jetzt, wo die Ereignisse sich überstürzen und der Weg abwärts in immer schnellerem Tempo zurückgelegt werden zu sollen scheint. In diesem Augenblick soll nur die Hauptsache festgelegt und festgehalten werden, welche mir nicht allein für Herrn Stresemann charakteristisch scheint, sondern auch für manche seiner erhabenen Vorgänger: Das ist die Halbheit in Allem. Richtiger würde man diese Eigenschaft vielleicht als Viertelheit zu bezeichnen haben. Während der Konferenz von Genua, jener großen Spiegelfechterei des internationalen Großjudentums, erzählten die Berichterstatter der jüdischen Zeitungen Deutschlands, durch die Persönlichkeiten Wirths und Rathenaus, vor allem des letzteren, dieses Riesen, würde Deutschland auf der Konferenz wieder als Großmacht behandelt, sei in die Reihe der Großmächte eingerückt. Objektiv war das ein lächerlicher Unsinn, subjektiv eine freche Lüge zum höheren Ruhme der Judenschaft, um die Bevölkerung zu täuschen und sie glauben zu machen, der Jude Rathenau brauche nur einzugreifen, um Deutschland wieder „gleichberechtigt" im Rate der Völker erscheinen zu lassen. Die Folgezeit hat fühlbar genug gezeigt, wie die „Großmacht" Deutschland behandelt wird. Diese tragikomische Erinnerung ist jetzt gerade nach dem fadenscheinigen Ende Gustavs des Prächtigen am Platz: man sollte endlich aufhören, sich einzubilden, daß durch Reden und parlamentarische Gesten für Deutschland auch nur das Geringste erreicht werden könnte! Das alles rauscht dahin und vorbei wie Wasser über einen Felsblock, der unverändert liegen bleibt. Der Felsblock ist die Machtfrage. Das Deutschland von heute ist überhaupt keine Macht. Jede wirkliche Macht, sei sie groß oder klein, behandelt Deutschland, wie sie will. Ob das heutige Deutschland, wenn es wollte, mit eins eine Macht sein könnte, ist eine andere Frage, die hier wiederholt behandelt wurde. Das Deutschland aber der vergangenen fünf Jahre hat nichts, aber auch gar nichts von einer Macht. Wenn seine jeweiligen Regierenden ihrer Zunge freien Lauf gaben, sich so bald an diese, bald an jene fremde Macht wandten, oder an die „Welt" und andere schöne Dinge, so lag und liegt umgekehrt derselbe Prozeß vor wie bei dem deutschen Geldwesen mit seiner Inflationierung. In beiden Fällen war es Mangel an moralischem Mut, den wahren Stand der Dinge anzuerkennen und ihm entsprechend zu handeln, auch auf die Gefahr, „unpopulär" vorzugehen. Deshalb täuschte und täuscht man

mit unermüdlicher Ausdauer einen in Wirklichkeit nicht bestehenden Zustand vor. Und das tun dieselben Persönlichkeiten und Kreise, die in hoher sittlicher Entrüstung der seinerzeitigen Obersten Heeresleitung vorwerfen, sie habe durch falsche Nachrichten das Volk getäuscht. Jenes Verfahren der Heeresleitung soll damit nicht gutgeheißen werden, im Gegenteil; aber die politischen Inflationisten handeln nicht besser, sondern schlechter, teils wider besseres Wissen, teils durch einen Mangel politischer Einsicht und Psychologie, wie er in jedem anderen Volke unmöglich wäre. Zu dieser inflationistischen Trugpolitik gehört u. a. der beständige passive Widerstand, anzuerkennen, daß Frankreich und Belgien einen kühl berechneten Vernichtungskrieg gegen Deutschland führen, und Großbritannien einerseits nicht daran denkt, die beiden Mächte zu hindern, anderseits bisher entschlossen ist, von sich aus Deutschland nicht zu einer Macht wieder werden zu lassen. Der „Reichswart“ hat sich oft mit diesem Punkt beschäftigt. Ueber die Sache selbst wäre nichts Neues mehr zu sagen, um so mehr zu der bisherigen Politik der deutschen Regierung, die diese höchst einfache Lage mit allen Kräften und bewundernswerter Fähigkeit zu verschleiern und bestrebt ist und so handelt, als wenn die feindlichen Mächte ebenfalls Seifenblasenpolitik trieben. Wohl las man ab und zu in Blättern der Regierungskoalition nach einer Rede Poincarés: „Frankreichs wahres Ziel“ oder „Poincaré demaskiert“! Wohl erklärten Kanzler und Minister bei ähnlichen Gelegenheiten — auch Stresemann hat es getan —: Es werde immer klarer, auf welches Ziel Frankreich hinarbeite; man könne den Verdacht nicht mehr abweisen, daß usw. Eine solchen Erkenntnisblitzen entsprechende deutsche Politik ist aber nie auch nur versucht worden. Man hat Frankreich, Belgien und England seit fünf Jahren immer den unschätzbaren Gefallen getan, ihre Fiktion anzunehmen und mit Begeisterung zu vertreten: Es gelte, einen geheiligten Vertrag zu erfüllen, auf den das deutsche Volk und Land mit allem, was es sei und habe, verpflichtet sei. Erfülle man diese Verpflichtungen oder gelange man im Falle deutschen Unvermögens zu einem Kompromiß mit Frankreich und Belgien, dann würde der wahre, von allen Völkern herbeigesehnte Friede tatsächlich Platz greifen: — nur immer „guten Willen“! Alles Bestreben der bisherigen Regierungen in Deutschland geht darauf aus, die deutsche Bevölkerung in diesem Nebel zu halten. Wer die Täuschung nicht anerkennt und gegen sie auftritt, wird als nüchterner Ueberlegung bar und als Katastrophenpolitiker ausgerufen. So ist der Stand der Dinge seit fünf Jahren. Keine einzige Regierung hat mit dem systematischen Leugnen tatsächlicher Wirklichkeit einen Erfolg gehabt, vielmehr ist die auswärtige Politik jeder einzigen von ihnen Katastrophe gewesen, besonders auch die Stresemanns. In der auswärtigen Politik ist jede Maske erlaubt, wenn durch sie das eigene Volk einen Vorteil erhält oder vor Schaden bewahrt wird. Ein solcher Fall liegt hier aber nicht vor. Nicht ein einziges Mal hat das System der deutschen Regierungen, die äußere Lage als ihr Gegenteil erscheinen zu lassen und sie — das ist das Unglaublichste — politisch auch so zu behandeln, der deutschen Sache einen Nutzen gebracht, im Gegenteil war jede Etappe dieser Politik eine Stufe weiter nach unten.

Soll das so bleiben? Genügen die furchtbaren Erfahrungen der letzten fünf Jahre nicht? Genügen sie nicht, um zu begreifen, daß es eine kindische Diplomatie ist, Todfeinde „gewinnen“ zu wollen, indem man sie mit der Dienstbeflissenheit des Lakaien in ihrem Vorhaben unterstützt? Ihnen ist es bequem und nötig, die Abwürgung des Todfeindes durch die Lüge vom Vertrag, von Wiedergutmachung usw. zu verdecken. Deutschland ist der Abzuwürgende, und die deutschen Regierungen stellen sich ohne Ausnahme den französischen Wünschen zur Verfügung und erkennen an, was noch gewünscht wird. Um zu wiederholen: handelte es sich um eine zielbewußte, richtig angelegte, auf Umwegen vorgehende schlaue deutsche Politik, so wäre nichts dagegen zu sagen, sondern alle Anerkennung zu zeigen und Geduld zu betätigen.

Heute sind die Zeitungen voll von Wehklagen über den Zerfall des Reiches, über die französische Politik der Zerstückelung Deutschlands. Man tut so, als ob es sich damit um ganz neue Entdeckungen handle und um etwas, was niemand vorher habe ahnen oder annehmen können. Niemand aber fordert demgegenüber eine vollkommene, sozusagen grundsätzliche Aenderung der deutschen Politik, nachdem die bisherige so fürchterliche Ergebnisse gezeigt hat. Darauf wird der Einwurf erfolgen, die Lage Deutschlands sei eben so verzweifelt und ohnmächtig, daß eine andere Methode den völligen Untergang zur Folge gehabt haben würde. Demgegenüber ist zu sagen, daß es sich angesichts der französischen Absichten und Maßnahmen für Deutschland um eine auswärtige Politik im landläufigen Sinne nicht mehr handeln kann. Frankreich befindet sich im Vernichtungskriege gegen Deutschland und ist entschlossen, ihn, mit welchen Mitteln und Methoden es immer sei, bis zum Ziele durchzuführen, unbeirrt durch Zeitaufschubnotwendigkeiten. Das französische Vorgehen und Ziel wird heute und in Zukunft nicht im mindesten berührt, wenn eine deutsche Regierung diese oder jene Forderung, mag sie auch noch so weitgehend sein, erfüllt. Jede Politik des Widerstandes ist den Franzosen unerwünscht und erregt sie zur Wut. Cunos Politik war eine solche der Halbheit und damit der Schwäche, aber selbst sie hat Herrn Cuno zu einem bitter gehaßten Mann in Paris gemacht. Stresemann wurde in der französischen Presse als „Staatsmann“ gefeiert, wenn er tat, was Frankreich wünschte. Tat er es nicht genug, so erhielt er aus Paris ernsten Tadel. Dabei erzählen jüdische und jüdisch beeinflußte Zeitungen mit unverwüstlicher Unverfrorenheit, daß die Franzosen nichts lieber sehen würden, als daß Deutschland ihre Forderungen nicht erfüllte und sie damit Anlaß zur Zerstörung und Zerstückelung Deutschlands erhielten.

Poincaré hat in voriger Woche erklärt, Frankreich werde die in Deutschland besetzten Gebiete nicht räumen, ehe Deutschland alle Leistungen des Versailler Vertrages erfüllt habe. Die ganze Welt ist sich darüber klar und spricht es aus, einschließlich Großbritanniens, daß der Versailler Vertrag für Deutschland völlig unerfüllbar ist. Keine aber der Mächte hat gegen Poincarés Erklärung Stellung genommen, obgleich sie bedeutet: Frankreich wird die besetzten Gebiete niemals räumen. Eine deutsche Regierung hätte sofort reagieren müssen, denn einmal enthält Poincarés Standpunkt einen neuen Bruch des Versailler Vertrages: die Besetzung des Rheinlandes wird im Vertrage nicht an Erfüllung der sonstigen Bedingungen des Vertrages geknüpft. Ferner bedeutet die Absicht dauernder Besetzung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes den deutlichen Ausdruck des Willens zur Zerstückelung Deutschlands.

Seit dem Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet ist anstatt des deutschen Botschafters nur ein Geschäftsträger in Paris. Warum man die Vertretung nicht überhaupt abberuft, ist unerfindlich. Es ist ein Fehler, den tatsächlich bestehenden Zustand durch das Belassen der Vertretungen zu verschleiern. Warum den Franzosen diesen Gefallen tun? Nutzen und nützlichen Zweck haben die Vertretungen nicht. Man könnte auf dem Gebiete der Frage nach dem Nutzen der auswärtigen Vertretungen Deutschlands vielleicht noch viel weiter gehen. — Die üblichen Proteste und Verwahrungen sind nicht allein zwecklos, sondern verderblich. Sie bedeuten dasselbe wie die bekannten guten Vorsätze, mit denen der Weg zur Hölle gepflastert sein soll. Auch genügt wirklich nicht, daß die Dinge, insbesondere die Handlungen der Franzosen und Belgier beim Namen genannt werden. Auch wenn diejenigen recht hätten, die sagen, Deutschland sei ganz ohnmächtig und außerstande zu irgendeiner Selbstverteidigung, so müßte ein einsichtiger Leiter der deutschen Angelegenheiten die bisherige Politik gründlich und sofort durch eine andere ersetzen, die den Erfordernissen des französischen Vernichtungskrieges Rechnung trüge, also: Abberufung der diplomatischen Vertretung, keinerlei Reagieren mehr auf französische Forderungen, Noten usw., tatsächlicher Vorbehalt der Handlungsfreiheit im Falle irgendeines französischen Aktes, tatsächliche Ablehnung einer erneuten Militärkontrolle. Wollen uns die Mächte als Objekt behandeln, so haben wir keinen Anlaß, ihnen als Subjekt tätig und fördernd entgegenzukommen. Die ständige Eigenschaft und Pose des deutschen Volkes und seiner Regierenden als „sehnsuchtsvolle Hungerleider nach dem Unerreichlichen“ muß endlich verschwinden. Es mag sein, daß durch diese ersten Schritte, denen weitere automatisch folgen würden: zunächst nichts Sichtbares gewonnen würde. Es mag sein! Aber sie würden gleichzeitig die ersten Schritte bedeuten auch zu einer nationalen Selbstbesinnung. Diese und die Erkenntnis der tatsächlichen Lage ist während der letzten fünf Jahre durch die Regierungspolitik verhindert worden. Selbstbesinnung und Erkenntnis sind aber die ersten Bedingungen für eine Wendung der deutschen Geschicke, für eine richtige praktische Politik, für die Wiedergewinnung von Macht und ihrer geeinten Anwendung. Eine solche Politik würde den sogenannten Traditionen und allen Bräuchen grob widersprechen. Die große Menge der Berufsdiplomaten und aller derer, die sie mit Respekt betrachten und werden möchten wie sie, würden einen Bruch mit allen den international geheiligten Herkommen und Gepflogenheiten für unmöglich erklären und als den Gedanken eines geistesgestörten Dilettanten verwerfen. Das steht fest. Unvergeßlich als Beispiel bleibt die Erklärung des derzeitigen Staatssekretärs v. Kühlmann, des Mannes mit dem „unnachahmlichen Griff des geborenen Staatsmannes“: diese oder jene Aenderung der politischen Stellungnahme wäre unmöglich gewesen, weil sie durch ihre diplomatischen Präzedentien vorbestimmt gewesen sei. Der diplomatische Bureaukratismus, dabei die große Angst, bei den anderen Diplomaten „anzustoßen“, überhaupt etwas zu tun, was nicht korrekt sei, bilden unübersteigliche Hindernisse. Sie können nur durch einen Mann überwunden werden, der den Mut hat, zu verstehen, daß die aller Normen spottende Lage Deutschlands auch außergewöhnliche Mittel und Formen verlangt. Wer ein verfahrenes kaufmännisches Unternehmen sanieren will, entfernt zunächst alle unsicheren Faktoren, alle Kombinationen, alle wahrscheinlichen oder gewinnmöglichen „Aussichten“: an Apparat, Ausdehnung und Ausgaben alles, was nicht unbedingt notwendig ist, was die Lage unklar lassen könnte; allen äußeren Aufwand und alle „Dehors“; einerlei, „was die Leute sagen“. Nicht anders ist die Lage Deutschlands nach außen. Also fort mit allem dekorativen überflüssigen Ballast, fort mit der Scheu nach innen und nach außen, die Dinge zu zeigen, wie sie sind. Deutschland befindet sich im Kriege und im Kampfe um seine ganz nackte Existenz. Dieser Kampf wird für unberechenbare Zeit entscheidend sein.

Gerade nach außen hin war die Zeit Stresemanns eine Hochkonjunktur der großen leeren Gebärde, der geschwollenen Worte, des Bestrebens, zu zeigen, daß man sogar die Fähigkeit habe, über die Grenzen hinaus mit fremden Staatsmännern öffentliche Zwiegespräche zu halten. Das alles ist so kindisch, besser gesagt: es ist die Art des republikanisch und persönlich überhobenen Kleinbürgers in aller seiner Selbstgefälligkeit, mühsam versteckten Aengstlichkeit und unheilbaren Illusionslust. Werden wir davon loskommen? — Es ist höchste Zeit!

[illegible]
Hauptmann Holtz.
Leipziger Str. 105, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1275.
Erstklassige Erfolge!

# Die gestärkten Männer von München.

Die Betrachtungen in Nummer 46 über die Lehren des 9. November beschränkten sich auf die rein politische Seite, mit der Begründung: manche Einzelheiten der Münchener Vorgänge seien noch nicht vollkommen geklärt. Heute ist die Klärung beinahe vollständig eingetreten.

Ludendorff hat dem Herausgeber des „Fridericus“ folgende Schilderung gegeben: Die Herren v. Kahr, v. Lossow und v. Seißer seien in der Zeit vor dem 8. November zum Losschlagen gegen Berlin bereit gewesen. Es habe sich nur noch um einige persönliche Anknüpfungen mit Persönlichkeiten in dem Norden Deutschlands gehandelt. Noch am 8. November, nachmittags 4 Uhr, hätten diese drei Herren diesen Standpunkt in einer Besprechung mit Ludendorff zum Ausdruck gebracht. Hitler sei ebenfalls unterrichtet gewesen, habe aber die Befürchtung gehabt, Kahr und seine Leute würden nicht zum Entschluß, geschweige denn zu dessen Ausführung kommen. Um sie zu drängen und dazu zu zwingen, habe er am 8. November abends die Kahr'sche Versammlung im Bürgerbräukeller benutzt. Von dieser Absicht Hitlers hat Ludendorff nichts gewußt, sondern wurde erst nachher telephonisch in Kenntnis gesetzt und hingeholt. Im Nebenraum des Bürgerbräusaales sprach Ludendorff mit Kahr, Lossow und Seißer und sagte, er sei bereit, sich der einmal begonnenen Tat unter bestimmten Voraussetzungen anzuschließen. Lossow und Seißer stimmten ihm zu, Kahr weigerte sich zuerst: er sei auf dem Wege aus dem Saal in das Zimmer bedroht worden, deshalb würde es nun so aussehen, als ob er unter Zwang handle. Auf Bitten Pöhners und Hitlers schloß er sich jedoch an. Alle begaben sich in den Saal, es folgten die Reden, die Treueschwüre und Händedrücke. Kahr und Pöhner hatten nach der Versammlung noch eine Besprechung, in der Kahr auf seinem vorher kundgegebenen Standpunkt des Zusammengehens mit Hitler blieb. — Im weiteren Verlauf der Nacht zeigte sich dann der Umschwung, und am Morgen des 9. November war es Ludendorff klar, daß Kahr, Lossow und Seißer ihre Versprechungen gebrochen hatten und Feinde geworden waren. Mit dieser Einsicht begab sich Ludendorff am Morgen in den Bürgerbräukeller, um dort Hitler und seine Leute aufzuklären. Hitler hoffte, durch eine Straßenpropaganda die Stimmung für sich zu gewinnen. Inzwischen wurde bemerklich, daß das Bürgerbräu durch Reichswehrposten eingekreist wurde. Ludendorff schlug einen Demonstrationszug durch die Stadt vor, um Klarheit über die Stimmung und die neueingetretenen Verhältnisse zu schaffen. Der Vorschlag wurde befolgt, vorher die Weisung gegeben, nicht zu schießen. Man traf verschiedentlich auf Posten der Sicherheitspolizei und kam schließlich zur Feldherrnhalle. In diesem Augenblick lief plötzlich eine Kompagnie die Treppe der Feldherrnhalle herunter und eröffnete ohne Warnung und Ankündigung aus nächster Nähe Feuer auf die Spitze des Zuges. Gleichzeitig wurde aus den Gebäuden und aus einem Auto geschossen.

Es handelt sich also um einen überlegten und geplanten Mord. Der Demonstrationszug hatte selbst nicht geschossen, sollte und wollte nicht schießen, er hatte die Ruhe und Ordnung der Stadt nicht gestört, noch war ein Anzeichen oder Anlaß vorhanden, daß die Führer ähnliches beabsichtigten. Jene Kompagnie aber, die plötzlich das mörderische Feuer eröffnete, jene Leute, die gleichzeitig aus den Fenstern schossen, haben das nicht aus eigener Initiative getan, sondern ohne Zweifel den Befehl erhalten: wenn der Demonstrationszug dort ankommt, also vor der Feldherrnhalle ein günstiges Ziel bietet, so schießt die Führer ab. Die Benennung „Mord“ ist also nicht übertrieben. Der Mord wird um so verbrecherischer und niedriger, wenn man bedenkt, daß Kahr, Lossow und Seißer keineswegs ihre „feierlichen“ Versprechungen unter der Drohung der Gewalt abgegeben haben. Diese Behauptung war eine Unwahrheit. Herr v. Kahr hat überhaupt sonderbare Ausreden gebraucht. Auf den einigermaßen nahe liegenden Einwurf, er habe sich ja nicht der Drohung zu fügen gebraucht, hat er erwidert, an seinem Leben sei ihm freilich nichts gelegen gewesen. Hätte Hitler ihn aber erschossen, so würde ja jener Zug auf Berlin stattgefunden haben, den er, Kahr, für ein Unglück gehalten habe. Nur aus diesem Grunde hätte er jene Rolle spielen müssen, also nicht um seiner selbst, sondern um des geliebten Vaterlandes willen. Diesem habe er sogar seine Ehre zum Opfer gebracht. Das ist so rührend, daß man Herrn v. Kahr auf den Schoß nehmen und ihm ei, ei, machen möchte; so gut, so fromm, so selbstlos. Schade, daß es nicht wahr ist. Wären Herr v. Kahr und Herr v. Lossow, was übrigens mehr als unwahrscheinlich war, erschossen worden, so würde der Zug nach Berlin aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zustande gekommen sein, und München wäre bis auf weiteres der Schauplatz innerer Auseinandersetzungen geworden. Ueber die politische und militärische Seite des Planes, auf Berlin zu marschieren, soll nicht gesprochen werden. Herr v. Kahr hat aber nach Ludendorffs Erklärungen, an deren Richtigkeit nicht zu zweifeln ist, den Marsch auf Berlin selbst geplant und vorbereitet! Also, wozu das unwahrhaftige Gerede vom Opfern der Ehre zur Rettung des Vaterlandes? — Mit der Ehre freilich ist kein Staat mehr zu machen.

Der Befehl Kahrs und seiner Leute, die Führer des Hitler-Ludendorff'schen Zuges abzuschießen, hatte den Zweck, sich ihrer zu entledigen, weil sie unbequem waren und man, solange sie am Leben waren, nicht frei arbeiten zu können glaubte. In der Nacht vom 8. zum 9. November hat Lossow gesagt: „Mit Meuterern verhandle ich nicht, auf die schieße ich nur.“ Kahr wie Lossow wußten und wissen, daß nicht von einer Meuterei hier die Rede war, sondern von einem Kampf um die politische Macht. Dieser hatte sich bisher in friedlichen Formen bewegt, und es bestand vielleicht, wie in einer früheren Nummer des „Reichswart“ vermutet wurde, die Wahrscheinlichkeit, daß die Hitler'sche Bewegung sich ebenfalls auf friedlichem Wege als die geschlossenere und stärkere erweisen und bei Vereinigung der beiden Gruppen schließlich leitenden Einfluß üben würde.

Die Herren v. Lossow und v. Kahr haben nach dem Geschehenen vorgezogen, die gute Gelegenheit zu ergreifen, die gefürchteten Konkurrenten durch eine „Kriegslist“ zu täuschen und sie dann gewaltsam aus dem Wege zu räumen; also recht einfache und klare Zusammenhänge! Warum wollen sich die Herren nicht einfach hierzu bekennen? Die großen Reden von ihren schweren Besorgnissen um das Vaterland wirken nicht gerade appetitlich. Selbst wenn v. Kahr den Marsch nach Berlin nicht gewollt hätte, würde sein und Lossows Vorgehen gegen die Führer des Demonstrationszuges ganz unentschuldbar gewesen sein. Mord bleibt Mord. Es ist schließlich noch ganz etwas anderes, ob ein politischer Mord in der Idee begangen wird, das Land von einem Schädling zu befreien, oder aber, um sich politischer Konkurrenten, mit denen man in Vielem übereinstimmt, auf dem bequemen Wege eines überraschenden Gewehrfeuers zu entledigen. Bis jetzt hat Herr v. Kahr es nicht fertig gebracht, diese Lage der Dinge und diese Motive seiner Genossen Vorgehens auch nur mit einem Schatten von Wahrscheinlichkeit als unrichtig hinzustellen. Er hat ebensowenig den Mut gehabt, seine wahren Motive zuzugeben.

Die Phrasen der Herren zu ihrer Entlastung sind widerwärtig. Außerdem verraten sie aber eine politisch wichtige Eigenschaft, nämlich, einen hohen Grad von Schwäche. Ja, man möchte sagen, innerer Haltlosigkeit. Herrn v. Kahr habe ich nie für einen großen Mann gehalten, für einen starken auch nicht, seitdem er in der Frage der Einwohnerwehren ohne Not zurückgewichen und zurückgetreten war. Beides war nicht notwendig, das Gegenteil war politisch geboten. Kahr gehört zu der zahlreichen Kategorie von sogenannten Staatsmännern, die Werkzeuge starker Gruppen und Richtungen sind und deshalb selbst nach außen hin stark scheinen und scheinen sollen, solange, bis man sie fallen läßt oder sie nicht mehr aufpumpt. Ein solcher „gestärkter Mann“ ist Herr v. Kahr. Vaterlandsliebe soll ihm gewiß nicht abgesprochen werden. Er sieht sein politisch nationales Ideal als das vaterländische Ideal schlechthin an. Die Verwirklichung dieses Ideals hält er für das Beste im Interesse des Vaterlandes. Kahr und seine Richtung haben das

Sinnbild gewählt: durch weiß-blau zu schwarz-weiß-rot! Herr v. Kahr hat dieses Sinnbild verschiedentlich in Reden erläutert, mit dem Hinzufügen, er betrachte sich als Statthalter des Königs. Daß seine Wege und Mittel dem Ganzen dienten, kann man nicht eben sagen. Sie dienen auch nicht Bayern. Die edle Tat vor der Feldherrnhalle hat vielmehr Bayern einen schweren Schlag versetzt.

Die Hoffnung und der Plan, die deutsche Erneuerung im völkischen Zeichen von Bayern aus erfolgreich einzuleiten, hat sich als verfehlt erwiesen. Ob noch wieder etwas Hoffnunggebendes solcher Art in Bayern erstehen kann, bleibe dahin gestellt. Dazu wären Akte persönlicher Selbstverleugnung und Abgeklärtheit, politischer Einsicht und Tatkraft notwendig, die den Herren zuzutrauen im Augenblick keinerlei Voraussetzung besteht. Es bleibt die Frage, ob wirklich wahr ist, daß der Verrat und die nachherige Tat Kahrs und Lossows Bayern und Deutschland vor entsetzlichem Unglück bewahrt haben. Einwandfrei und schlüssig läßt sich die Frage nicht beantworten, weil die Probe nicht gemacht worden ist. Fest steht aber wie erwähnt, daß Herr v. Kahr den „Marsch auf Berlin" vorher selbst ins Auge gefaßt hatte und mit dem Plan einverstanden gewesen ist. Was hätte der „Marsch auf Berlin" tatsächlich bedeutet? Der Grundgedanke: die deutsche Frage vom Süden aus in einer für den Norden zwingenden Weise aufzurollen, war klar: eine große politische Aktion mit dem Ziel, den deutschen und sozialen Gedanken für das Reich maßgebend zu machen und in seinem Zeichen die Einigung und Reinigung herzustellen. Wie man sich die Ausführung dieses Planes dachte, darüber fehlen bis heute noch authentische Mitteilungen. Auf alle Fälle war klar, daß auch zur Reinigung Sachsens und Thüringens allein die geschlossene Beteiligung der bayerischen Reichswehr und Landespolizei eine unbedingte Notwendigkeit bedeutete. Im Vertrauen auf Lossow — nicht seit heute, sondern seit vielen Monaten hat der entscheidende politische Rechenfehler Hitlers und der seinigen gelegen; dieser Fehler beruhte auf einer hartnäckigen und schwerverständlichen Selbsttäuschung.

Darüber hinaus ist es heute ohne Gegenstand und Zweck, Kombinationen darüber anzustellen, was geschehen oder nicht geschehen wäre, wenn Kahr und Lossow ihr Wort vom 8. November gehalten hätten, ob dann die Berechnungen hinsichtlich des „Marsches auf Berlin" sich als richtig herausgestellt haben würden, oder nicht. Das Wünschenswerte und allein Heilsame wäre gewesen, daß zwischen General v. Seeckt und Hitler mit seiner Bewegung eine Einigung Platz griff, natürlich nicht erst in den Novembertagen, sondern seit Jahr und Tag. Ob es zustande kommen konnte oder nicht, ist eine Frage, welche heute nicht reif zur Erörterung ist.

Das letzte Wort über das Münchener Unglück kann noch nicht gesprochen werden. Begnügen wir uns heute mit der klaren Erkenntnis, daß zwar viel zerstört und noch mehr verzögert worden ist; daß aber die völkische Bewegung an sich und ihre Kraftquellen nicht beeinträchtigt worden sind, noch beeinträchtigt werden können. Aus begangenen Fehlern muß gelernt, nach ihren Ursprüngen muß gesucht werden. Eines besonders gilt für den völkischen Norden wie für den völkischen Süden: sich bei aller Hochgespanntheit der Endziele nicht die Nüchternheit des Blicks, nicht das Augenmaß, noch auch die Uebersicht über das Ganze abhanden kommen zu lassen.

Herr v. Kahr, um noch einmal auf die beiden gestärkten Männer zurückzukommen, mag sich jetzt als blutgehärteter „Staatsmann" vorkommen. Er und Lossow haben sich das Etikett eines Märtyrers der Staatsnotwendigkeit aufgeklebt. Selbst wenn sie an das, was sie als Staatsnotwendigkeit ausgeben, wirklich geglaubt haben, so war ihr Mittel: ein ungewöhnlich niedriger Verrat mit nachfolgendem Morde, auch rein politisch nicht zu rechtfertigen. Was für Früchte ihre Politik als solche zeitigt, wird die Zukunft zeigen.

* * *

Kardinal Faulhaber hat entrüstet bestreiten lassen, daß er in der Nacht vom 8. auf den 9. November Herrn v. Kahr und Genossen zum Bruche ihres Gelöbnisses veranlaßt habe. Daß der Kardinal dementiert, ist recht verständlich. Man kann nicht von ihm verlangen, daß er töricht genug sei, eine solche entscheidende Einmischung ausdrücklich oder schweigend zuzugeben. Es ist jedoch höchst wahrscheinlich, daß Kardinal Faulhaber hier der eingreifende und leitende Geist gewesen ist. Welche Formen er dabei gewählt hat, ist sehr gleichgültig. Der Kardinal und seine Vorgesetzten verabscheuen die völkische Bewegung, denn ihre Ziele stehen in schroffem Gegensatz zu denen des römischen Klerus. Die klerikale Propaganda fälscht diesen Gegensatz, indem sie wahrheitswidrig behauptet, der völkische Geist sei antichristlich. Sogar das Hakenkreuz wird dazu herangezogen, als „heidnisches Zeichen". Der Vatikan und seine Werkzeuge wollen vielleicht im Augenblick nicht eine Zerstückelung Deutschlands, — die wollen nur die Jesuiten —, aber ein völkisches Deutschland können sie nicht brauchen. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an den neulichen Briefwechsel zwischen Faulhaber und Stresemann. Der Kardinal sprach sich da mit sittlicher Entrüstung gegen die unchristlichen Verfolgungen aus, denen die israelitischen Mitbürger von völkischer Seite ausgesetzt würden. Daß Stresemann eine den Juden gemäße und an sie gebundene Politik trieb, war immer bekannt. Die Verbindung seiner Richtung, also des jüdischen Liberalismus, mit der vatikanischen Politik aber ist von hohem politischem Interesse, ein Zeichen der Zeit. Sie tun sich zusammen, die beiden Internationalen, um zu verhindern, daß aus den Deutschen ein wirkliches Volk werde, das sich seiner Eigenschaft als Volk bewußt wäre. Der Vorgang zeigt außerdem, als wie mächtig man die völkische Bewegung bereits einschätzt. Die einfache Schlußfolgerung für den Kardinal muß der Gedanke gewesen sein, eine Einigung in München zu verhindern, die gestärkten Männer, schwachen Helden Kahr und Lossow umzudrehen und den Anlaß zu benutzen, die Führer der Hitlerschen Bewegung matt zu setzen.

Die Rolle des Herrn v. Kahr gewinnt ein noch erhabeneres Aussehen, wenn man sich ins Gedächtnis ruft, daß er nicht katholisch ist, sondern ein Protestant unter klerikalem Einfluß. Am 8. und 9. November hat Herr v. Kahr den Beweis geliefert, daß er den Seligkeitsbedingungen beider religiöser Bekenntnisse glänzend gerecht zu werden verstanden hat, nämlich, durch den Glauben und durch die guten Werke. Man darf vielleicht sogar hoffen, daß er sich einen Thesaurus super erogationis angesammelt hat. Der Herr Zebaoth möge auch fernerhin mit ihm sein!

**Antike Gemälde**
zu kaufen gesucht
Rudolf Schmidt & Co. • Antiquitäten-G. m. b. H.
Berlin W 66, Wilhelmstraße 46—47
Schätzungen unentgeltlich

# Was lehrt uns München?

Von
**Adalbert Volk.**

Der „Reichswart" hat immer wieder zur Sammlung und Leitung der verschiedenen völkischen Ströme in ein gemeinsames Bett aufgerufen; bislang erfolglos.

Wenn die unerträglichen Vorgänge in München die Einigung nicht zur Folge haben werden, dürfen wir des Triumphes unserer Gegner sicher sein; sie lehren, wie nicht gehandelt werden darf. Es ist eine Tatsache, der wir ins Gesicht sehen müssen, daß Führer der deutschvölkischen Bewegung die Dinge so sahen, wie sie sie sehen wollten; subjektive Ehrlichkeit eines Führenden genügt nicht, sie muß objektiver Prüfung standhalten.

Oberster Grundsatz jedes Völkischen ist, die anvertraute Sache über alles zu stellen. Theoretisch wird jeder Führende seine Bereitwilligkeit erklären, zurückzutreten, wenn Berufenere ihn ablösen könnten, in der Praxis sieht die Sache anders aus. Das Zaunkönigtum ist auch vom „Reichswart" behandelt worden; die Unscheinbarkeit dieses Vögelchens sollte zu denken geben.

Im völkischen Lager im Norden bestand eine Spaltung in der Beurteilung Bayerns: die Einen ordneten sich willig der bayerischen, nationalsozialistischen Führung unter, die Anderen glaubten das Heft in der Hand behalten zu müssen und Bayern als Dependance betrachten zu können. Beide hatten unrecht. Jene Ansicht fand in Bayern selbst ihre Stütze; Anfang August sagte uns ein führender Nationalsozialist in München: „Ihr im Norden seid zu schwach, wir werden die Sache bei Euch machen." So nahm man südliche Fehler ruhig hin, fand nicht die Kraft, dem 8. November vorzubeugen.

Die Vertreter des nordischen Uebergewichts glaubten eine nahe Verbindung mit Bayern entbehren zu können, erregten so Mißtrauen bei ihren Gegnern im Norden und in Bayern, das Resultat war der 8. November!

Es ist noch nicht so weit; wer Politik machen will, muß Geduld haben; (Dieses Wort besonders unterschreibe ich. E. R.); wer sie nicht aufbringen kann, soll die Hände vom Schicksal des deutschen Volkes lassen.

Die erlernte Versammlungstechnik hat uns einen Streich gespielt. Wer die Kraft der völkischen Bewegung nach der Zahl der Ortsgruppen, nach der Anzahl der Versammlungsteilnehmer, nach ihrem Applaus bemißt, hat kein Augenmerk für das wirklich Erreichte. Derjenige erfahrene Versammlungsredner ist ein großes Rindvieh, der es nicht fertig bringt, laute Zustimmung zu erzielen. An die Seele des Arbeiters, die wir finden müssen, kommt man mit solchen Erfolgen nicht heran. Wir werden viel intensivere, verborgene Arbeit leisten müssen, wenn wir die Massen des durch Jahrzehnte verhetzten, früher vaterländisch nicht gehegten Arbeiters gewinnen wollen. Verzicht auf rauschende Erfolge muß unsere Losung sein, diese werden nach aufrichtigem Mühen demjenigen beschert werden, der ihrer nicht entbehren zu können glaubt.

Die verschiedenen völkischen Strömungen nach Gruppen brauchen nicht ineinander aufzugehen, die Führer müssen sich aber, mindestens von Fall zu Fall noch jedenfalls grundsätzlich einigen; lassen das persönliche Differenzen nicht zu, so muß die Person vor der Sache kapitulieren.

Auch ein bayerischer oder preußischer Stempel darf unserer Bewegung nicht aufgedrückt werden.

„Preußen ist ein Blitz, der durch Deutschland fährt", hat König Ludwig gesagt. Ein Blitz kann auch Unheil stiften, und Bayern, das der Blitz sein wollte, hat geschadet.

Die deutschvölkische Bewegung gehört unserem ganzen Volk! Keinem Stamm oder Land gehört das Praevenire. Wer tiefer sieht, wird trotz aller Empörung über das Münchener Geschehen aus ihm lernen. Die Opfer sollen nicht umsonst gebracht sein. Noch so große Fehler können unsere Bewegung nicht ersticken, falls sie nicht wiederholt werden.

„Trachtet am ersten nach Einigkeit, so wird Euch das Uebrige alles zufallen", sagte David Strauß im Jahre 1848!

# Das soziale Problem.

Der „Reichswart" beginnt hiermit eine Auseinandersetzung über die soziale Frage. Erörterung der Standpunkte, Klärung des Gegenstandes und der Ansichten ist der Zweck. Gerade nach den neuesten Ereignissen im Süden wie im Norden muß für die völkische Bewegung, die seit Jahr und Tag von mir betonte Forderung an die erste und maßgebende Stelle treten: Vertiefung und „Organisierung" des völkischen Gedankens durch systematische geistige Arbeit. Vor einigen Wochen wurde hier im Schlußteil des Aufsatzes: „Mit den Roten?" gesagt: „Um es zu wiederholen: auf die Dauer genügt Versammlungstätigkeit und Organisation für eine große, auf einem klaren und wahren Gedanken ruhende und aus ihm entsprungene Bewegung nicht", und: „Der völkische Gedanke bietet einen denkbar fruchtbaren Boden für geistige Vertiefung, Durcharbeitung und Klarlegung seiner Beziehung zu allen deutschen Lebensgebieten. Dieser Boden liegt aber noch beinahe brach. Die völkische Bewegung ist im Zuge und ergreift immer breitere Massen. Sehr schnell wird der Augenblick da sein, wo gerade der Praktiker der völkischen Bewegung nach Ergebnissen geistiger völkischer Arbeit schreit, weil er sie braucht". Die Leser werden gebeten, sich an diese und andere Ausführungen zu erinnern. Der heutigen Wiederholung soll die Bemerkung hinzugefügt sein, daß jene dauernde Forderung nach vertiefter, systematischer geistiger Arbeit eine Kritik enthält und enthalten sollte: Es ist in dieser Hinsicht lange nicht genug geschehen und es geschieht nicht genug. Ueber Augenblickserfolge wird die völkische Bewegung nur dann hinausgelangen, wenn sie sich geistig fest und breit fundiert. Der Baustoff ist vorhanden, er braucht nur bearbeitet und benutzt zu werden. Das aber ist eine völkische Lebensnotwendigkeit und zwar eine zeitlich brennende.

Die soziale Frage steht wie gesagt an erster Stelle, denn ohne ihre rücksichtslose Inangriffnahme ist die Grundforderung der völkischen Einheit nicht zu erreichen. Auch abgesehen davon, schreit das ganze deutsche Leben nach Lösung der sozialen Frage. Der folgende Aufsatz von Albert Stiebler ist bestrebt, auf die Grundursachen der sozialen Frage hinunterzugehen. Auch wer unter den Lesern vielleicht nicht in allem mit ihm übereinstimmt, wird Anregungen aus den Ausführungen eines Mannes erhalten, der aus der Praxis spricht und urteilt.

## I.

Es gibt wohl kaum etwas, das im Bewußtsein und in den Erörterungen aller an der inneren Politik Interessierten eine so große Rolle spielt wie „das soziale Problem" bzw. „die soziale Frage". Unzweifelhaft besteht eine soziale Frage. Bestände sie nicht, so hätte nicht der Marxismus, mit seinem 1918 unternommenen Versuche, sie zu lösen (ich lasse dahingestellt, ob dieser Versuch ehrlich gemeint war oder nicht) bei so weiten Kreisen des Volkes Unterstützung gefunden. Man nehme nun nicht etwa an, daß das vollkommene Mißlingen dieses Versuches (denn daß die Revolution wirklich irgend welchen Erfolg von Belang gehabt hätte, kann doch wohl im Ernste nicht behauptet werden. Die Aenderung der Staatsform bedeutet in sozialer Hinsicht garnichts!) etwa den revolutionären Willen im Volke getötet habe. Im Gegenteil! Der revolutionäre Wille der Massen ist heute größer denn je. Er wird nur niedergehalten durch die sich immer weiter verbreitende Erkenntnis, daß die marxistischen Führer das soziale Problem entweder nicht lösen können oder nicht wollen. Diese Erkenntnis wird aber den revolutionären Willen ganz sicher nicht ewig bändigen. Er wird sich in absehbarer Zeit wiederum durchsetzen — entweder unter ganz radikaler marxistischer oder unter einer anderen Führung. Diese Gewißheit wird um so größer, als der revolutionäre Wille sich heute nicht mehr, wie 1918 oder vorher, auf die echten „Proletarier" beschränkt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß sehr weite Kreise des gebildeten Mittelstandes, die ihrer Kultur und Zivilisation nach eigentlich nicht zu den Proletariern gehören, heute wirtschaftlich zu Proletariern geworden sind. Durch dieses Erlebnis sind sie angeregt worden, darüber nachzudenken, ob unsere Wirtschaftsordnung (und von ihr hängt die gesellschaftliche ab) wohl einwandsfrei und richtig sei. Das Nachdenken hat zu der Erkenntnis geführt, daß dem nicht so sei. Infolgedessen ist nunmehr ein sehr großer Teil, namentlich der Jugend dieser Kreise (man denke insbesondere an die „Völkischen") ebenfalls von einem sehr energischen revolutionären Willen beseelt, und ich nehme als gewiß an, daß das Proletariat den Versuch zur Lösung der sozialen Frage über kurz oder lang unter dieser Führung wiederholen wird.

Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß das „soziale Problem" heute noch kaum richtig dargestellt, ja vielleicht kaum richtig erkannt wird. Zum mindesten sind diejenigen, die sich darüber völlig klar sind, worin das soziale Problem besteht, sehr dünn gesät. Die meisten sind lediglich vom „Willen zur Tat" beseelt, ohne zu wissen, wie sich dieser Willen zweckmäßig entladen soll, ja vielleicht, ohne überhaupt einen Plan darüber zu besitzen, was sie ändern und was sie bestehen lassen wollen.

Infolgedessen will ich nachstehend einmal versuchen, ohne auf irgendwelche Interessen eingestellt zu sein, das soziale Problem nach Möglichkeit aufzuhellen. Jedermann kann sich dann darüber klar werden, ob er sich meiner Auffassung anschließen will oder nicht, und ob er meint, daß dieses Problem gelöst werden müsse oder ob er vorzieht, jeden Versuch der Lösung — weil diese seinen Interessen zuwiderläuft — zu bekämpfen.

Das soziale Problem ist heute nach allgemeiner Auffassung enthalten in dem Verhältnisse des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer. Es ist also ein rein materielles Problem. Man findet zwar ab und zu die Auffassung, daß es mehr ein Kulturproblem sei, doch sind diejenigen, die diese Auffassung vertreten, meist nicht in der Lage, sie mit sehr einleuchtenden Argumenten zu stützen. Mir scheint es ebenfalls, als ob es nur materieller Natur — ein Problem der Besitzverteilung — sei. Die kulturellen Seiten scheinen mir nur Folgen der materiellen zu sein.

Erkennen wir demgemäß also das soziale Problem als ein Besitzproblem, so müssen wir, um ihm mit der Sonde der Erkenntnis weiter zu Leibe gehen zu können, uns zunächst über den Inhalt des Begriffes „Besitz" klar werden: „Besitz" entsteht normaler und in sozial einwandfreier Weise durch „Arbeit". Alle unsere Arbeit wird uns entlohnt mit „Geld". Demnach ergibt sich:

**Geld ist aufgespeicherte Arbeit!**

Alles, was wir an „Vermögen" bzw. „Besitz" haben, hat Geldwert bzw. kann von uns im Rahmen unserer heutigen Geldwirtschaft nur erworben werden, wenn wir das dazu erforderliche Geld besitzen. Mithin kann man die Begriffe „Geld" und „Besitz" bzw. „Vermögen" einfach als gleichbedeutend annehmen, was uns unsere kritische Untersuchung des sozialen Problems wesentlich erleichtern wird.

Wir erhalten also als „Lohn" für unsere Arbeit das Geld. Für dieses Geld kaufen wir uns alles, was wir zum Leben brauchen. Diese Lebensbedürfnisse sind Güter oder Leistungen, die durch die Arbeit anderer zustande kommen, denn diese anderen können auch nur leben, indem sie arbeiten. Dadurch, daß wir mit unserem Gelde die Erzeugnisse ihrer Arbeit in unseren Besitz bringen können, ergibt sich als zweite Seite der Natur des Geldes:

**Geld ist Anspruch auf die Leistung der anderen!**

Aus dieser zweiten Seite der Natur des Geldes entspringt, wie wir sehen werden, das soziale Problem!

Arbeiten wir mehr als zum Unterhalte unseres Lebens notwendig ist, so entstehen bei uns Ersparnisse, „Vermögen". Dieses „Vermögen" bedeutet also unsere aufgespeicherte Arbeit (Leistung) und zugleich unseren Anspruch auf die Leistung der anderen, Anspruch, für den wir bereits vorgeleistet haben. Da die anderen, die Allgemeinheit, unsere Vorleistung angenommen haben, so ist es nur recht und billig, daß sie uns gegenüber zur Gegenleistung verpflichtet sind. Demnach

**Detektiv-Institut.** Hauptmann Holtz, Leipziger Str. 105, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1278. Erstklassige Erfolge!

kann also selbsterworbenes Vermögen niemals als eine soziale Gefahr betrachtet werden. Mithin ist die marxistische Forderung: „Alles Eigentum dem Staate“, abzulehnen.

„Eigentum“ und „Vermögen“ sind schon darum nicht als „unsozial“ zu betrachten, weil sie durchaus „natürlich“ sind, denn wir finden sie in ausgedehntem Maße schon in der freilebenden (nur der Herrschaft der Natur unterworfenen) Tierwelt, und zwar sowohl als substantielles Vermögen (Wohnung, Nahrungsmittelvorräte) wie auch als Rechte (Raubbezirke). Der Kampf der Marxisten gegen Vermögen und Eigentum richtet sich demnach gegen sogar von der Mutter Natur als einwandfrei anerkannte Einrichtungen, ist also naturwidrig, und somit kann er keineswegs „sozial“ sein, sondern ist im höchsten Grade „unsozial“. Er ist ferner auch im höchsten Grade ungerecht, denn er bedeutet, daß man dem Besitzer, insoweit er durch eigene Arbeit vorgeleistet hat, den Anspruch auf Gegenleistung entziehen will.

Ganz anders wird die Sache aber, wenn solche Ansprüche auf Gegenleistung den Besitzer wechseln, also einem anderen zufallen, der sie nicht durch Vorleistung erworben hat. Solche Ansprüche auf Gegenleistung, für die der Leistungsberechtigte nicht vorgeleistet hat, sind nach meiner Auffassung naturwidrig und somit unsozial. Derartige Leistungsrechte kommen fast allein zustande durch die naturwidrige Ueberspannung des Begriffes „Eigentum“ zum Begriffe „Erbeigentum“.

Infolgedessen behaupte ich:

**Das soziale Problem ist ein Erbrechtsproblem!**

Diese Behauptung soll nachstehend bewiesen werden.

Derjenige, der das Vermögen des Verstorbenen erbt, der also die Leistungsansprüche, die der Verstorbene durch eigene Vorleistung erworben hat, übertragen erhält, pflegt normalerweise selber auch zu arbeiten. Er pflegt also soviel Leistungsansprüche, wie zur Fristung seines eigenen (und seiner evtl. Familienmitglieder) Leben notwendig sind, durch eigene Vorleistung zu erwerben. Das ererbte Vermögen pflegt er „anzulegen“ — nehmen wir einmal an: als Zinskapital! — Er stellt es also als selbständiges Wirtschaftswesen neben sich. Dieses, aus dem ererbten Vermögen gebildete neue Wirtschaftswesen erwirbt nun dauernd Geld — Leistungsansprüche gegen die Allgemeinheit — ohne eigenen Lebensbedarf und ohne eigene Vorleistung. Dieses Vermögen arbeitet also zugunsten seines Besitzers sozusagen wie ein Dämon oder Vampir.

Da der Besitzer dieses Erbvermögens die von diesem geschaffenen Ansprüche auf Gegenleistung nicht (durch Ausgeben dieses Geldes) zur Fristung seines Lebens gegen die Allgemeinheit geltend zu machen braucht, so kann er daraus, nachdem er sie mit seinen evtl. eigenen Ersparnissen vereinigt hat, immer neue dämonische Wirtschaftswesen bilden, also auf diese Weise seine Arbeitskraft vervielfältigen und es verhältnismäßig rasch dahin bringen, daß er selber überhaupt nicht mehr zu arbeiten braucht, sondern gänzlich von der „Arbeit“ seiner Dämonen leben, „arbeitsloses Einkommen“ beziehen kann.

Diese neben dem Besitzer wirkenden Dämonen schaffen nun also dauernd Leistungsansprüche an die Allgemeinheit. Hier sehen wir „das soziale Problem“ entstehen. Wir wissen aus Erfahrung, daß immer eine Generation der Besitzenden wirtschaftlich auf den Schultern der vorhergehenden steht und zu den bereits vorhandenen Leistungsansprüchen neue hinzufügt. Volkswirtschaftlich ausgedrückt sagen wir: Das Volksvermögen nimmt zu! Nach meiner Auffassung heißt dies:

> Die Masse der Leistungsansprüche, die auf seiten der Besitzenden, in deren Vermögen aufgespeichert, den Besitzlosen gegenübersteht, denen also, die ihr Leben nur durch Arbeit (Leistung) fristen können, die also zur Leistung gezwungen, verpflichtet (daher „Leistungsverpflichtete“) sind, wird immer größer!

Würde nun die Zahl der Besitzlosen — Leistungsverpflichteten — sich immer gleich bleiben, das Vermögen der Besitzenden aber immer größer werden, so würde sich dadurch zugleich ein fortwährender Enteignungsprozeß zuungunsten der Besitzenden abspielen, d. h.: die soziale Frage würde sich automatisch, entwicklungsmäßig, dauernd lösen. Infolge der sich immer steigernden Menge der Leistungsansprüche in der Hand der Besitzenden würde nämlich deren Angebot (Lohnangebot) immer größer, das Angebot an Leistung (Arbeit) verhältnismäßig immer kleiner werden. Infolge dieses, für die Besitzenden ungünstigen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte würde also der Preis der Arbeit (in Geldlohn) immer höher, der Wert des Geldes (in Arbeitsleistung) immer geringer werden.

Außer durch Anlage von Kapital im Auslande wird die Bildung solcher Verhältnisse dadurch hintangehalten, daß sich nicht nur das Vermögen der Besitzenden, sondern auch die Zahl der Besitzlosen (Leistungsverpflichteten „Proletarier“) dauernd vermehrt. Es ist bekannt, daß vor dem Kriege die Bevölkerungsziffer Deutschlands um jährlich mehr als 250 000 — überwiegend Besitzlose — stieg. Dadurch findet also eine dauernde Paralysation des Entwertungsvorganges der Vermögen statt. (Daher die Ansicht der Kapitalisten: „Menschen sind der größte Reichtum eines Staates!“)

Das Interesse der Besitzenden (wir können auch sagen: „des Kapitals“, um den marxistischen Ausdruck zu benutzen) erfordert es also, daß im Staate stets eine möglichst große Menge von Besitzlosen, Leistungsverpflichteten, Proletariern vorhanden sei. Volkswirtschaftlich ausgedrückt heißt dies: Es muß stets ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden sein, da dadurch allein die Löhne niedrig gehalten werden, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte gewährleistet wird. Es ergibt sich aber anderseits, daß die in der Sozialdemokratie lebenden (übrigens aussichtslosen) Bestrebungen, die Geburtenhäufigkeit in proletarischen Familien einzuschränken, vom Standpunkte des Proletariates aus durchaus weise sind. Je weniger Proletarier es gibt, je geringer also das Angebot an Leistung (Arbeit) ist, umso höher wird der Wert der Arbeit, d. h. um so mehr von ihren Leistungsansprüchen müssen die Besitzenden hergeben, um Leistung zu erhalten, umso erfolgreicher gestaltet sich also das Bestreben der Besitzlosen, den Berg der ihnen gegenüberstehenden Leistungsansprüche abzutragen. (Die hieraus entstehenden Folgen für die Wirtschaft sollen hier außer acht gelassen werden.)

(Schluß folgt.)

## Die wirtschaftliche Schuldlüge.

In Nr. 38/9 des „Reichswart“ haben wir „die Hauptursache der Produktionsverhinderung“ an einem praktischen aus der Wirklichkeit gegriffenen Beispiel gezeigt. Seit der Abfassung dieser Abhandlung hat das dort gebrachte Beispiel eine Fortsetzung erfahren. Die Berufsleihkapitalisten-Gesellschaft, die als Aktiengesellschaft das Unternehmen „Ammendorfer Papierfabrik“ und darüber hinaus das deutsche Volk auspowert, hat im Geschäftsjahr 1. 7. 22 bis 30. 6. 23 die zu ihren Gunsten zu Buch stehende Leihkapitalsumme von 37 000 000 um nom. 64 000 000 auf 81 000 000 erhöht und darauf zur Verzinsung dem Unternehmer aus dem Ergebnis des Jahresabschlusses 1100 vH. auf 80 000 000 Stammaktienleihkapital und 6 vH. auf 1 000 000 Vorzugsaktienleihkapital, also zusammen 880 060 000 entzogen gegen 60 vH. mit 9 627 500 auf 17 000 000 zu Buch stehende Aktienleihkapitalsummen im Vorjahre. Also 91,3 mal mehr als im Vorjahre.

Da im Papierholzhandel, im Kohlenförderungs- und Handelsprozeß und allen sonstigen zur Papiererzeugung nötigen Rohmaterialien gleichartige Leihkapitalistengesellschaften ihren Wucher treiben, ist es nicht verwunderlich, daß der Papierpreis ins Unendliche gestiegen ist, steigt und steigen muß, „so daß mit einem annähernd gleichen Erträgnis auf das erhöhte Aktienkapital gerechnet werden kann“, wie die Gesellschaft in dem angezogenen Prospekt zur Anpreisung der Aktien-Schuldscheinpapiere gesagt hat. Selbst wenn man annimmt, daß das seit dem Verkauf der Aktienschuldscheinpapiere erzielte Aufgeld von 2 203 000 000 ein sittlich berechtigter Vorgang ist, so ist eine Rückvergütung von 880 060 000 innerhalb eines Jahres ein außerordentlicher Erfolg für die Berufsleihkapitalisten, weil diese Rückvergütung als Zins gesetzesrechtlich behandelt wird und werden darf, wodurch sich die zu Buch stehende Leihkapitalsumme in keiner Weise verringert. Die Berufsleihkapitalisten haben also, wenn auch nicht das sittliche, so doch das gesetzesrechtlich begründete Recht zur Hoffnung, daß sie auch künftig und ohne Zeitbeschränkung noch mehr aus dem Unternehmen herausziehen können. Andere müssen die Summen durch ihre geistige und körperliche Arbeit aufbringen.

So wie es diesem als Beispiel gewählten Unternehmen, d. h. den in demselben produktiv Arbeitenden ergeht, so ergeht es etwa 200 000 deutschen Unternehmungen mit wenigstens 20 000 000 in diesen Unternehmungen geistig und körperlich produktiv Arbeitenden.

Das ist der gesetzlich erlaubte, gesetzlich geregelte und gesetzlich gestützte Wucher.

880 060 000 war der Jahresarbeitsverdienst von 352 produktiv Arbeitenden, wenn man den Durchschnittsverdienst eines „Arbeitnehmers“ in der Ammendorfer Papierfabrik im Geschäftsjahre 1. 7. 22—30. 6. 23 mit 2 500 000 annimmt, den viele nicht erreichten.

Wenn diese „Arbeitnehmer“ nicht bloß 8, sondern 18 Stunden täglich gearbeitet hätten, wenn sie um den vierten Teil des Lohnes gearbeitet hätten und darum hätten arbeiten können, dann hätte eben die Berufsleihkapitalisten-Aktiengesellschaft nicht bloß 1100 vH., sondern 2000 vH. unter sich verteilt. Dem Unternehmen, d. h. den in demselben produktiv Arbeitenden überließen sie zur Weiterverwendung im Geschäftsjahr 1923—1924 nur 28 491 738 M. Die 880 060 000 M. sind der Weiterverwendung zur Arbeit diesem Unternehmen entzogen, sind dem Risiko für dieses Unternehmen entzogen.

So handelt kein Unternehmer, weil er nicht so handeln kann. So handeln nur Berufsleihkapitalisten, die so handeln müssen, wenn sie es nicht aufgeben wollen, Berufsleihkapitalisten zu sein. So handeln nur Wucherer.

Es ist deshalb die Behauptung, daß der 8-Stundentag und die Arbeitsunlust schuld an unserem Elend ist, die große wirtschaftliche Schuldlüge, die sich würdig der großen politischen Schuldlüge von der Kriegsschuld Deutschlands anreiht.

Die „Arbeitnehmerschaft“ würde gerne mehr arbeiten, wenn die Mehrarbeit einen Zweck hätte, eine Mehrproduktion und eine Verbilligung zum Erfolg hätte. Aber wie ein Geschäftsmann, der einem Wucherer in die Krallen gefallen ist, selbst durch die intensivste und ununterbrochene Mehrarbeit nicht mehr entrinnen kann, so kann auch die deutsche Arbeitnehmerschaft dem Wucherertum, das hauptsächlich in der jüdischen Rasse und ihren Schmusern und Zuhältern vertreten ist, nicht mehr entrinnen. Sie darf nicht mehr arbeiten, nicht mehr produzieren. Deshalb wird ihr das Kapital, das sie selbst erzeugt und wieder zur eigenen produktiven Arbeit benötigt, nachhaltig und andauernd entzogen. So wird die Mehrarbeit unterbunden, die Arbeitslust getötet. Hier liegt die Hauptwurzel der Not, der Not der Bewucherten.

Verrat an den produktiv Arbeitenden ist es deshalb, die Arbeitszeit zu ändern, ohne den produktiv Arbeitenden das gesetzliche Recht zu bieten, das ihnen sittlich ohnehin zusteht, daß sie auch ihr selbst erzeugtes, zur eigenen Weiterarbeit benötigtes Kapital ohne verteuernden Umweg über die Berufsleihkapitalisten selbst verwenden können. Unter der Herrschaft des Kapitalismus, d. h. des Leihkapitalistentums, heißt Verlängerung der Arbeitszeit nur Auswucherung einiger weniger produktiv Arbeitender zum Zwecke der Unkostenverminderung bei der Aufbringung der Wucherverzinsung, um noch mehr aus den Unternehmungen ohne eigene Arbeit forttragen zu können, ohne damit für das Unternehmen ein Risiko tragen zu müssen.

Allerdings: solange die Berufskapitalisten es sind, die die Parlamente beherrschen, die Regierungen schieben, allenfalls gefährlich werdende „Volksvertreter“ durch Abgabe von Gratisaktien und Wahl in gut mit Tantiemen dotierten Aufsichtsratsstellen durch goldene Ketten binden können, oder wie die Sozialisten und Kommunisten zum „Teilen wollen“ nach Art der Berufskapitalisten, also ohne Arbeit und ohne Gefahr, verloiten können, ist keine Hoffnung vorhanden, daß das deutsche Volk aus dem Elend herauskommt, sondern immer tiefer sinken muß. Denn: wie ein Schutzman, der selbst dem Einbrecher Schmiere steht, für die Bevölkerung nachteiliger ist als gar kein Schutzmann, so ist auch eine Regierung, die den Wucher gesetzlich regelt, gesetzlich stützt und schützt, deren Glieder mit dem wuchernden Leihkapitalistentum eines Sinnes ist, für ein Volk schlimmer als gar keine Regierung.

Ludwig Wimmer.

### Briefkasten.

Fr. H. in L. Sendung v. 28. 11. mit 55 000 österr. Kr. empfangen. Am 14. 11. übersandte 20 000 Kr. sind leider nicht in unserem Besitz gelangt, nur die gleiche Sendung vom 19. traf hier ein. Heil!

G. in R. Brief mit einl. 2 Goldm. erhalten.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: O. Lang, Berlin. Verlag: „Der Reichswart“, Verlagsgesl. m. b. H., Berlin SW. 11, Dessauerstr. 6. Druck: Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 11, Hedemannstraße 12.

**„Deutsche Köpfe“** nennt sich eine Postkartenserie, die der Nationaldeutsche Verlag Kurt-Fritz Schwarz Osnabrück (früher Berlin) herausgibt. Bisher erschienen sind: Wilhelm Kube-Berlin, Adolf Bartels-Weimar, Alfred-Roth-Hamburg, Houston Stewart Chamberlain-Bayreuth, Hauptpastor Fr. Andersen-Flensburg, Friedr. Quehl-Berlin-Steglitz, Urenkel des Turnvaters Fr. L.-Jahn.

Die technisch und künstlerisch sehr geschmackvoll ausgeführten Postkarten verdienen in völkischen Kreisen weiteste Verbreitung. Auch für den Weihnachtstisch bilden sie eine willkommene Bereicherung. Auch zum Bücherbezug besonders für alle völkische Literatur hält sich die Firma empfohlen.


Buch · Kunst · Musik
Spez.: Völkische Kampf- u. nationalsozialistische Literatur
Nationaldeutsche Versandbuchhandlung Kurt-Fritz Schwarz, Osnabrück, Goldenerstr. 17, fr. Berlin
Der große völk. Roman: Koerber: Adolf Hitler, M. 1.50
Helmholt: Ehrenbuch des Deutschen Volkes, M. 20.—
Angebote auf Wunsch
Liefere sämtliche auch von and. Seite angekündigt. Werke

Reklamepreis nur 4.00 Goldmark
kostet echte deutsche Herren-Ankeruhr
Nachts leucht nur 0.40 Gold.mark mehr

Garant. f. jede Uhr
Nr. 52 stark vernickelt, ca. 30 st. Werk, genau regul. nur 4.00 Goldm.
Nr. 53, dies. m. Scharn., n. 4.50
Nr. 51, dies., echt versilb., m. Goldr. u. Scharn., n. 5.00
Nr. 55, dieselbe mit bess. Werk ........ nur 6.50
Nr. 58 mit Sprungdeckel ganz vergoldet 12.50
Nr. 39, Damenuhr, versilb., mit Goldrand, nur 7.50
Nr. 79, dies., kl. Fm., nur 10.00
Nr. 47, Armbanduhr, mit Riemen, ...... nur 8.00
Wecker, la Messingw., n. 4.00
Metall-Uhrkapsel nur 0.25
Panzerkette, vernick., n. 0.40
„ echt versilb., n. 1.50
„ echt vergold., n. 2.00
Wertsachen aller Art nehme in Zahlung.
Von diesen Uhren verkaufe jährlich ca. 10 000 Stück.
Uhren-Klose, Berlin 260, Zossener Str. 8

Unterrichtsanstalten, Pensionate, Sanatorien
Dir. Eckes Höh. Vorbe-reit.-Anstalt, Bln.-Steglitz, Fichtestr. 24, Stegl. 1502
Alle Klassen (gymn. u. real), Einj. Reichsverbandsprüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Gegr. 1893. 2 Villen inmitten großer Gärten.

Berlin, Zietenstr. 22, Fischer's Vorber.-Anstalt f. alle Schulexamina. Abtlg. ab II-III. Gegr. 1868. Internat.! Damenvorbereitg.! Zahlerlaubg. unerr. Vorz. Erfolge l. Prosp. Dir. Fischer, Oblt. d. R. a. D.

Wer fremde Sprachen
lernen will, bedient sich am besten der Lehrbücher nach der
Methode Gaspey - Otto - Sauer.
Man verlange ausführliche Prospekte von
Julius Groos, Verlag, Heidelberg.

Emil Beck
G. m. b. H.
Speditions-Geschäft
BERLIN SW 61, Teltower Str. 47-48
Fernsprecher: Nollendorf Nr. 2540 u. 2541
Telegramm-Adresse: Flügelbeck

Ernst Boldt, Grenadierstr. 1 a am Schönhauser Tor
Berlins größtes Geldschranktransportgeschäft
Spezialgeschäft für Auslandstransporte
Verzollung Verpackung
Fernsprecher: Amt Norden 140, 2775 u. 9414

Höchste Rekordpreise
zahle für Mauserpistolen, 7,63 mit Anschlagkasten, Leuchtpistolen, alle automatischen Pistolen,
Drillinge, Doppelflinten, 08 Gläser
Prismengläser, Zielfernrohre.
Klewitz, Lehniner Str. 2 Ecke Hasenh.

DETEKTIV NABERT
BERLIN Kgl. Krim.-Oberw. a. D.
W., Potsdamer Str. 141. Tel.: Nollendorf 875.
Hamburg-Zweiggesch.-Frankfurt a. M.
Leit. d. Gesch. d. Mitgl. d. D. Offz. B. u. N. D. Offz.

Detektive von Bredow-Davé, Berlin
25 jähr. Praxis m. Kriminal-Erfahrung
Ermittelungen — Beobachtungen
Jerusalemerstr. 22 Ztr. 5338
Auskünfte
Babelsbergerstr. 42 Uhl. 2178

Hoch- u. Tiefbau-, Beton- u. Eisenbeton-Ausführungen
Carl Burchardt
Wohnhäuser, Stall- und Wirtschaftsgebäude, Gründungen mit Pfählen und Brunnen, Bagger- und Rammbetriebe, Erdarbeiten, Eisenbahnbauten, Straßenbau, Brücken, Uferbefestigungen, Kanäle, Wiesenbauarbeiten, Eisenbetonpfähle, Eisenbetonzaunstiele, Zementröhren.
Berlin-Lichterfelde, Berliner Str. 135

Die unbedingte Sicherheit der
Bank-Depot-Verschlüsse
sowohl für den Vermieter als auch Mieter ist durch das „Integral“-Schloß mit absolut unkopierbarem Schlüssel garantiert. – Alle Versuche, durch andere käufig verstellbare od. auswechselbare Schlösser diesen Zweck zu erreichen, sind durch dieses wenig teuerere Schloß beseitigt. Referenz. v. großen Banken und ausführl. Prospekt durch die Fabrik des weltbekannten „Protector“-Schlosses.
Theodor Kromer, Freiburg (Bad.).

Blonde und hellängige Deutsche organisiert Suchgeistig und wirtschaftlich in der Germanischen Gesellschaft! Auskunft erteilt (geg. Rückporto) Erich Werner, Charlottenburg, Kirchstraße 21.

Alt-China Porzellan Buddhas usw.
Japan-Kunst
große Auswahl günstige Preise
Th. Bohlken, Kurfürstenstraße 122.

Browning, Kal. 6,35 Goldmark 20, Kal. 6,75 „ 20, Mauf. „ 35, sowie Jagdwaff. Beneckendorff, B.-Friedenau, Rheinstr. 4

Farben, Lacke, techn. Chemikalien.
Engros — Export — Detail.
Ernst Schwarzwald
Berlin W30, Spichernstr. 2.

HAMMER
Parteilose Zeitschrift für nationales Leben
Begründer und Herausgeber
Theodor Fritsch
Erscheint im 22. Jahrgang
Führendes, weitverbreitetes völkisches Kampfblatt
Probenummern kostenlos vom Hammer-Verlag, Leipzig 13. Dauerbestellungen richte man an das zuständige Postamt oder übergebe sie dem Briefträger. Bezugspr. 0,30 monatl.